

«Wir lehnen den Migrationspakt nicht ab»

FDP-Bundesrat Ignazio Cassis stellt sich hinter das Uno-Abkommen, will aber sicherstellen, dass es keine unerwünschten Folgen hat

VON HEIDI GMÜR

Es war auch ein Erfolg für die Schweizer Diplomatie: Im Juli einigten sich die Vereinten Nationen in New York auf ein Übereinkommen «für eine sichere, ordentliche und reguläre Migration». Mit dem Pakt soll erstmals ein multilateraler Rahmen geschaffen werden, um die Herausforderungen im Migrationsbereich koordiniert anzugehen. Die Schweiz hat den Prozess massgeblich mitgeprägt. Seit letzter Woche wird allerdings spekuliert, dass Aussenminister Ignazio Cassis das Abkommen allenfalls ablehnen möchte, wie es bisher nur die USA und Ungarn getan haben. Im Interview macht Cassis nun klar, dass ein Ausstieg der Schweiz nicht zur Diskussion stehe.

Herr Cassis, Sie treffen nächste Woche an der Uno-Generalversammlung in New York den dortigen Schweizer Botschafter Jürg Lauber. Wie muss man sich das Gespräch zwischen Ihnen beiden vorstellen?

Ich spreche regelmässig mit Jürg Lauber. Es ist ein offener Austausch, wie ich ihn mit allen Botschaftern pflege. Das ist meine Art. Manchmal fühlen sie sich in ihrer Tätigkeit bestätigt, manchmal nicht.

Lauber war der Co-Fazilitator bei der Erarbeitung des Uno-Migrationspakts. Der Durchbruch im Juli wurde als «historisch» gefeiert, zumal sich die Vereinten Nationen erstmals auf ein Regelwerk im Bereich der Migration haben einigen können. Lauber twitterte: «We did it!» Und jetzt kommen Sie und stellen diesen Pakt infrage!

Man spricht von zwei unterschiedlichen Dingen. Das eine ist der Prozess, das andere das Resultat. Man kann sich durchaus freuen, dass der Durchbruch gelungen ist; und ich habe Herrn Lauber dazu auch gratuliert! Der Bundesrat muss aber, wenn er seriös arbeiten will, das Resultat zuerst prüfen, bevor er jubiliert.

Diese Analyse haben Sie noch nicht gemacht?

Es gibt eine Vorprüfung, über die sich der Bundesrat am Freitag erstmals unterhalten hat. Und er kam zu dem Schluss, dass er die möglichen Konsequenzen noch vertieft prüfen will. Man hat in der Vergangenheit solche Soft-Law-Übereinkommen, die rechtlich nicht bindend sind, oft zu leichtfertig der Diplomatie überlassen und sie unterzeichnet, ohne allfällige politische Konsequenzen zu bedenken. Nachher war man erstaunt, wenn Forderungen auftauchten, die sich auf solche Übereinkommen stützten. Das will ich verhindern. Ich will auch Soft Law innenpolitisch besser abstützen.

Und den Migrationspakt dem Parlament, allenfalls sogar dem Volk vorlegen, wie es die SVP verlangt, die den Pakt rundweg ablehnt?

Die demokratischen Verfahren sind klar geregelt. Im konkreten Fall geht es nicht um ein völkerrechtliches Abkommen, sondern um einen Bereich, für den der Bundesrat

zuständig ist. Aber Gerichte stützen sich in ihren Beurteilungen bisweilen auch auf Soft Law. Darum muss der Bundesrat die Tragweite des Migrationspakts genau abschätzen und überlegen, welche demokratische Abstützung es braucht.

Sie haben es erwähnt: Der Migrationspakt ist rechtlich nicht verbindlich. Wo genau könnten sich dennoch Probleme für die Schweiz ergeben, wenn sie ihn unterzeichnet?

Das kann ich Ihnen noch nicht sagen.

Aber Sie schliessen solche Probleme nicht aus.

Der Gesamtbundesrat kann nicht ausschliessen, dass wir mit der Unterzeichnung auch Verpflichtungen eingehen, die wir vielleicht gar nicht wollen.

Verstehe ich Sie richtig: Es geht Ihnen darum, allenfalls Vorbehalte zum Pakt anbringen zu können – und nicht darum, den Pakt abzulehnen?

Der Bundesrat hat bereits entschieden, dass wir den Pakt nicht ablehnen werden. Das haben wir auch kommuniziert.

Nein, so explizit nicht.

Doch. In der Mitteilung steht, der Bundesrat wolle abklären, ob – und falls ja, welche – Vorbehalte angebracht werden müssten.

Da zitieren Sie aus einer anderen Mitteilung als derjenigen, die wir erhalten haben. Da steht bloss, dass die Regierung eine detaillierte Analyse durchführen wolle und im Dezember ihren «endgültigen Standpunkt» festlegen werde.

Das lässt tatsächlich unterschiedliche Schlüsse zu. Aber ich kann Ihnen sagen: Es wird entweder ein «Ja» zum Migrationspakt geben oder ein «Ja, aber».

Das Übereinkommen hat eine «sichere, geordnete und reguläre» Migration zum Ziel. Kritiker sagen: Es mache Migration attraktiver.

Es herrscht eine gewisse Konfusion über das Vokabular. Bei Migration denken viele automatisch an Flüchtlingsströme. Aber hier geht es gerade nicht um Flüchtlinge, dazu ist ein separater Pakt in Arbeit. Einige Leute haben mir dann gesagt: Warum brauchen wir das Papier überhaupt, wenn es die Frage der Flüchtlingsströme ausklammert?

Und was haben Sie ihnen geantwortet?

Dass dieses Papier Grenzen hat. Und die müssen auch erklärt werden. Aber es ist ein interessanter erster Schritt auf internationaler Ebene, um zu klären, was wir eigentlich unter Migration verstehen und wie wir die irreguläre Migration besser in den Griff bekommen.

Die Schweiz erfüllt vermutlich schon heute weite Teile des Pakts, der international gewisse Standards im Migrationsbereich setzen will. Sie dürfte daran interessiert sein, dass andere Länder ähnliche Standards haben.

Durchaus. Aber es gibt auch ein Risiko: dass Staaten wie die Schweiz sich vollumfänglich an das Regelwerk halten, während es die anderen auf die leichte Schulter nehmen.

Was wäre denn der Schaden, wenn die Schweiz wie die USA und Ungarn den Pakt doch ablehnen würde?

Innenpolitisch wäre er gleich null. Aussenpolitisch ist es vor allem ein Reputationsschaden, nicht zuletzt, weil wir an diesem Prozess selber beteiligt waren.

Sie gehen derzeit auch bei der Schaffung einer nationalen Institution für Menschenrechte über die Bücher, die der Bundesrat 2016 beschlossen hat.

Hier wollen wir einfach Varianten prüfen, die für die Schweiz verhältnismässig sind. Wir fallen oft in einen Swiss-Finishing-Modus, ohne zu schauen, wie andere Staaten das lösen. Hier muss im Departement eine neue Kultur eingeführt werden. Es herrscht immer diese Euphorie, im Chor zu singen, und die Vorstellung, man habe für alles unbegrenzte Ressourcen.

Jetzt karikieren Sie!

Nein, es ist so.

Ein Versäumnis Ihres Vorgängers?

Nein, überhaupt nicht. Es ist eine Kultur der öffentlichen Verwaltung. Mir geht es um Folgendes: Wir müssen Lösungen finden, die richtig sind für unser Land, und nicht Lösungen, die einfach nur das Ziel haben, der Uno zu gefallen. Wir können nicht überall Kathedralen bauen. Das wird all den Leuten in diesem Land nicht gerecht, die jeden Morgen aufstehen, hart arbeiten und Steuern zahlen.

Bei der Menschenrechtsinstitution war eine Lösung geplant, die rund eine Million Franken pro Jahr gekostet hätte. Damit baut man eine Kapelle, keine Kathedrale.

Richtig. Und ich verfolge eine ähnliche Lösung. Aber wenn man jetzt nicht interveniert, schafft man die Grundlage, dass aus der Kapelle eines Tages eine Kathedrale wird. Es geht aber nicht darum, die Institution an sich oder gar die Menschenrechte infrage zu stellen.